

Gustave de Molinari

DIE SOIREEN IN DER RUE SAINT-LAZARE (1849)

Die Gesprächspartner: Ein Konservativer(K) – Ein Sozialist (S) – Ein Ökonom (Ö).

Elfter Abend

Die Regierung und ihre Aufgabe^a – Monopolregierungen und kommunistische Regierungen – Die Freiheit von Regierungen – Das Gottesgnadentum – Das Gottesgnadentum ist mit dem Recht auf Arbeit identisch – Laster der Monopolregierungen – Der Krieg ist unvermeidliche Folge des Systems – Die Volkssouveränität – Wie man seine Souveränität verliert – Wie man sie wiedergewinnt – Die freiheitliche Lösung – Die kommunistische Lösung – Kommunistische Regierungen – Ihre Fehler – Zentralisierung und Dezentralisierung – Die Justizverwaltung – Ihre frühere Organisation – Ihre gegenwärtige Organisation – Das Ungenügen der Schöffen – Wie die Organisation der Sicherheit und der Justiz freiheitlich gestaltet werden könnten – Vorteil freier Regierungen – Was unter Nationalität zu verstehen ist.

K: Was ist in Ihrer Ordnung absoluten Eigentums und voller wirtschaftlicher Freiheit dann die Rolle der Regierung?

Ö: die Rolle der Regierung besteht allein darin, jedem die Bewahrung seines Eigentums zu sichern.

S: Gut, das ist der Nachtwächterstaat des J.-B. Say.

Jetzt will ich Ihnen auch eine Frage zu stellen:

Heutzutage gibt es auf der Welt zwei Arten von Regierungen: Die einen führen ihren Ursprung auf ein angebliches göttliches Recht zurück ...

K: Angeblich, angeblich! Das ist noch die Frage.

S: Die anderen leiten sich von der Volkssouveränität ab. Welche ziehen Sie vor?

^a Lange haben sich die Ökonomen nicht nur geweigert, sich mit den Regierungen zu beschäftigen, sondern auch mit allen rein immateriellen Verrichtungen. J.-B. Say [1767-1832, der Begründer der klassischen Ökonomie in Frankreich] hat als erster unter dem zusammenfassenden Begriff der *immateriellen Erzeugnisse* auch die Dienstleistungen in die Betrachtung der Ökonomie einbezogen. Damit hat er der ökonomischen Wissenschaft einen größeren Dienst erwiesen, als man sich denken kann. Er schreibt:

„Das Gewerbe des Arztes und, wenn man mehr Beispiele möchte, das *des öffentlichen Beamten*, des Rechtsanwalts, *des Richters* – die alle derselben Art sind – befriedigen so wichtige Bedürfnisse, daß ohne ihre Arbeit keine Gesellschaft bestehen könnte. Sind die Früchte ihrer Arbeit nicht wirklich vorhanden? Sie sind so wirklich, daß man sie zum Preis eines anderen, materiellen Erzeugnisses erwirbt und daß durch derart wiederholte Tauschhandlungen die Hersteller immaterieller Güter echte Vermögen erwerben. – Daher hat Graf Verri unrecht, wenn er behauptet, daß die Arbeit der Prinzen und Verwaltungsbeamten, der Militärs und Priester nicht unmittelbar in den Bereich der Dinge fällt, mit denen sich die Ökonomie beschäftigt.“

(J.-B. SAY. *Traité d'Économie politique**, Band I, Kap. XIII.)

* Titel der ersten deutschen Übersetzung: *Darstellung der Nationalökonomie oder der Staatswirtschaft: enthaltend eine einfache Entwicklung, wie die Reichthümer des Privatmanns, der Völker und Regierungen erzeugt, vertheilt und consumirt werden. Aus dem Französischen der dritten, gänzlich umgearbeiteten, verbesserten und mit einem Auszug der Hauptgegensätze dieser Wissenschaft vermehrten Ausgabe übersetzt und mit Anmerkungen begleitet v. Carl Eduard Morstadt.* Heidelberg: August Oswald, 1818-1819. – Die französische Erstausgabe war 1803 erschienen und ist ein trefflicher Kommentar zum Werk von Adam Smith. Darin nahm Say u.a. als erster die Dreiteilung der Volkswirtschaftslehre in Produktion, Einkommensverteilung und Verbrauch vor.

Ö: Ich mag weder die einen noch die anderen. Die ersteren sind Monopolregierungen¹, die anderen kommunistische Regierungen. Im Namen des Grundsatzes des Eigentums, im Namen des Rechts, das ich besitze, nämlich für meine eigene *Sicherheit* zu sorgen oder sie mir von jedem, der mir gut scheint, zu kaufen, fordere ich *freie Regierungen*.

K: Was wollen Sie damit sagen?

Ö: Das heißt, Regierungen, deren Dienste ich nach Maßgabe meines eigenen Willens annehmen oder ablehnen kann.

K: Sprechen Sie im Ernst?

Ö: Das werden Sie gleich sehen. Sie befürworten das Gottesgnadentum, nicht wahr?

K: Ich gebe zu, daß ich mehr dazu neige, seit wir in einer Republik leben.

Ö: Und Sie halten sich für einen Gegner des *Rechts auf Arbeit*?

K: Ob ich das glaube? Ich bin dessen sicher. Ich bezeuge ...

Ö: Bezeugen Sie nichts, denn Sie sind ein bekennender Befürworter des Rechts auf Arbeit.

K: Aber noch einmal, ich ...

Ö: Sie sind ein Befürworter des Gottesgnadentums. Der Grundsatz des göttlichen Rechts ist vollkommen identisch mit dem Grundsatz des Rechts auf Arbeit.

Was ist das Gottesgnadentum? Es ist das Recht, das bestimmte Familien besitzen, *die Völker zu regieren*. Wer hat ihnen dies Recht übertragen? Gott selbst. Lesen Sie doch nach in den „*Considérations sur la France*“² von Joseph de Maistre³ und seiner Schrift „*Principe générateur des Constitutions politiques*“⁴:

« Der Mensch kann keinen Souverän machen », sagt Herr de Maistre. « Höchstens, daß er als Werkzeug dient, um einen Souverän abzusetzen und den Staat einem anderen Souverän, dem Prinzen zu übergeben. Im übrigen hat es niemals eine Familie von Souveränen gegeben, denen man einen plebejischen Ursprung hätte zuschreiben können. Tauchte eine solche Erscheinung einmal auf, wäre dies eine Weltepoche.

... Es steht geschrieben: *Ich mache die Könige*. Das ist kein Spruch der Kirche, kein Bild des Predigers; es ist die wortgetreue Wahrheit, einfach und greifbar. Es ist ein Gesetz der politischen Welt. Gott *macht* buchstäblich die Könige. Er bereitet die königlichen Geschlechter, er nährt sie inmitten einer Wolke, die ihren Ursprung verdeckt. Dann erscheinen sie gekrönt in Ruhm und Ehre; sie nehmen ihren Platz ein.»^b

Das bedeutet, daß Gott bestimmte Familien mit dem Recht, die Menschen zu regieren, belehnt hat und daß niemand sie der Ausübung dieses Rechts berauben kann.

Wenn Sie nun bestimmten Familien das ausschließliche Recht zuerkennen, dieses besondere Gewerbe, das man Regierung nennt, auszuüben; wenn Sie außerdem mit der Mehrheit der Theoretiker des göttlichen Rechts glauben, daß die Völker gehalten sind, den Mitgliedern dieser Familien Regierungsuntertanen zu stellen oder Schenkungen als „Arbeitslosenunterstützung“ an sie zu leisten – und zwar seit Jahrhunderten –, können Sie dann begründet das Recht auf Arbeit zurückweisen? Wo ist der Unterschied zwischen dem irreführenden Anspruch auf eine gesellschaftliche Verpflichtung, den Arbeitern die Arbeit, die ihnen behagt, oder einen ausreichenden Lohn zu verschaffen, oder dem ebenso irreführenden Anspruch auf eine gesellschaftliche Verpflichtung, den „Arbeitern“ der

^b *Versuch über Ursprung und Wachstum der politischen Constitutionen und anderer menschlicher Einrichtungen*, Vorwort.

königlichen Familien eine ihren Fähigkeiten und ihrer Würde entsprechende Arbeit zu geben, eine Arbeit in der Regierung, oder Einkünfte, wenn auch nur am Existenzminimum?

S: In Wahrheit gibt es keinen.

K: Das heißt nichts! Ist doch die Anerkennung des Gottesgnadentums unersetzlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Ö: Könnten Ihnen die Sozialisten darauf nicht antworten, daß die Anerkennung des Rechts auf Arbeit ebenso notwendig ist für den Erhalt der Gesellschaft? Müssen Sie nicht das Recht auf Arbeit für alle anerkennen, wenn Sie es für einige tun? Ist das Recht auf Arbeit etwas anderes als die *Erweiterung* des Gottesgnadentums?

Sie sagen, die Anerkennung des Gottesgnadentums sei unersetzlich für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wie kommt es dann, daß alle Völker versuchen, die Monarchien von Gottes Gnaden loszuwerden? Wie kommt es, daß die alten monopolistischen Regierungen entweder ruiniert sind oder kurz davor stehen?

K: Die Völker hat eine Raserei ergriffen.

Ö: Es ist aber eine weit verbreitete Raserei! Doch glauben Sie mir, die Völker haben gute Gründe dafür, sich ihrer alten Herren zu entledigen. Ein Regierungsmonopol ist so wenig wert wie jedes andere. Es wird nicht gut regiert, und es wird vor allem nicht preisgünstig regiert, solange man keinen Wettbewerb zu fürchten hat, solange die Regierten nicht das Recht besitzen, sich die Regierenden frei zu wählen. Überlassen Sie einem Krämer die ausschließliche Belieferung eines Viertels; verwehren Sie den dort Wohnenden, irgendwelche Waren bei einem anderen Krämer zu kaufen oder sich die Lebensmittel selber zu besorgen, und Sie werden sehen, welch abscheulichen Schund und zu welchem Preis der privilegierte Händler verkaufen wird! Sie werden sehen, auf welche Weise er auf Kosten der unglücklichen Konsumenten fett werden wird, welch königlichen Prunk er zum höheren Ruhm des Viertels entfalten wird ... Nun: Was für die geringsten Dienste gilt, gilt ebenso für die höchsten. Das Monopol einer Regierung kann nicht besser sein als das eines Kramladens. Die *Produktion von Sicherheit*⁵ wird unvermeidlich teuer und schlecht, wenn sie monopolistisch organisiert ist.

Die Hauptursache all der Kriege, die bis zum heutigen Tag die Menschheit bedrücken, liegt im Sicherheitsmonopol begründet.

K: Wie das?

Ö: Was ist die natürliche Neigung aller Hersteller, ob nun privilegiert oder nicht? Die Zahl seiner Kunden zu erhöhen, um seinen Gewinn zu mehren. Welche Mittel können Sicherheitsproduzenten nun aber in einer monopolistischen Ordnung einsetzen, um die Zahl ihrer Kunden zu erhöhen?

Da das Volk unter dieser Ordnung nicht zählt; da sie das rechtmäßige Eigentum der Gesalbten des Herrn darstellen, kann niemand ihren Willen befragen, um dadurch das Recht zu ihrer Verwaltung zu erwerben. Daher sind die Könige genötigt, auf folgende drei Arten zurückzugreifen, um die Zahl ihrer *Untergebenen* zu erhöhen: 1. Königreiche oder Provinzen um Geldeswert zu erwerben; 2. Erbinnen zu ehelichen, die als Mitgift ein Herrschaftsgebiet mitbringen oder ein solches später erben werden; 3. mit Gewalt das Eigentum der Nachbarn zu erobern. Der allererste Kriegsgrund!

Da sich andererseits das Volk ab und zu gegen seine rechtmäßigen Herrscher auflehnt, wie das kürzlich in Italien und Ungarn⁶ der Fall war, müssen die Gesalbten des Herrn das ungehorsame Vieh natürlicherweise wieder zum Gehorsam zwingen.

Zu diesem Zweck bilden sie eine *heilige Allianz*⁷ und richten solange Blutbäder unter den aufständischen Untergebenen an, bis sie die Rebellion unterdrückt haben. Doch sind die Rebellen im Einverständnis mit anderen Völkern, mischen diese sich in den Kampf ein, und die Umwälzung wird allgemein. Zweiter Kriegsgrund!

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Sicherheitskonsumenten, um deren Besitz der Krieg geführt wird, auch seine Kosten tragen.

Das sind die Vorteile der Monopolregierungen.

S: Sie ziehen also die Regierungen vor, die der Volkssouveränität entspringen. Sie setzen die demokratischen Republiken über Monarchien und Aristokratien. Recht so!

Ö: Lassen Sie uns bitte unterscheiden. Ich ziehe die Regierungen vor, die der Volkssouveränität entspringen. Doch die Republiken, die sie demokratisch nennen, sind am allerwenigsten der wahre Ausdruck der Volkssouveränität. Deren Regierungen sind ausgedehnte Monopole, Kommunismen. Die Volkssouveränität ist aber nicht vereinbar mit Monopolen und Kommunismus.

S: Was ist die Volkssouveränität denn dann in Ihren Augen?

Ö: Es ist das Recht, das jeder Mensch besitzt: Frei über seine Person und seine Güter zu verfügen und sich selbst zu regieren.

Wenn der souveräne Mensch das Recht hat, als Herr über seine Person und seine Güter zu verfügen, hat er damit natürlich auch das Recht, sie zu verteidigen. Er hat das Recht der freien Verteidigung.

Doch kann jeder dieses Recht allein ausüben? Kann jeder sein eigener Polizist und sein Soldat sein?

Nein; ebenso wenig wie er sein eigener Landmann, sein Bäcker, Schneider, Lebensmittelhändler, Arzt oder Priester sein kann.

Es ist ein wirtschaftliches Gesetz, daß der Mensch nicht mehrere Berufe gleichzeitig nutzbringend ausüben kann. Auch findet man, daß sich seit dem Anbeginn der Gesellschaften alle Gewerbe spezialisieren und sich ihre verschiedenen Mitglieder solchen Beschäftigungen zuwenden, zu denen ihre natürlichen Fertigkeiten sie führen. Sie leben davon, daß sie die Erzeugnisse ihres besonderen Gewerbes gegen die unterschiedlichen Gegenstände tauschen, mit denen sie ihre Bedürfnisse befriedigen.

Der vereinzelte Mensch besitzt zweifellos seine volle Souveränität. Nur findet sich der Souverän, der jedes Gewerbe selber ausüben muß, um sich mit den Lebensnotwendigkeiten zu versorgen, dabei dennoch in einer elenden Lage.

Sobald der Mensch in Gesellschaft lebt, kann er seine Souveränität bewahren oder verlieren.

Wie verliert er sie?

Dann, wenn er, insgesamt oder teilweise, direkt oder indirekt, die Macht abgibt, über seine Person und seine Güter zu verfügen.

Der Mensch bleibt nur ganz Souverän in einer Ordnung voller Freiheit. Jedes Monopol, jedes Privileg beeinträchtigt seine Souveränität.

Unter dem alten Staatswesen hatte niemand das Recht, frei über seine Person und seine Güter zu verfügen oder irgendein Gewerbe frei auszuüben; daher war die Souveränität eng begrenzt.

Unter der heutigen Regierung wird die Souveränität weiterhin durch eine Vielzahl von Monopolen und Privilegien, die die freie Wirksamkeit der Menschen beschränken, angetastet. Der Mensch hat noch nicht wieder zur vollen Souveränität zurückgefunden.

Wie kann er sie wiedergewinnen?

Gegenwärtig gibt es zwei Schulen, die einander entgegengesetzte Lösungen für diese Frage anbieten: Die liberale und die kommunistische Schule.

Die liberale Schule sagt: Reißen Sie Monopole und Privilegien nieder, stellen Sie das natürliche Recht des Menschen wieder her, jedes Gewerbe frei auszuüben, und er wird seine volle Souveränität besitzen.

Die kommunistische Schule sagt dagegen: Hüten Sie sich, jedem das Recht zuzugestehen, frei jedes Ding zu erzeugen. Das wäre Bedrückung und Anarchie! Weisen Sie dieses Recht der Gemeinschaft zu, *schließen Sie* die Menschen davon *aus*. Alle mögen sich zusammentun, um jedes Gewerbe gemeinsam zu organisieren. Der Staat soll der einzige Produzent und der einzige Verteiler des Reichtums sein.

Worauf beruht diese Lehre? Das ist schon oft gesagt worden: auf der Sklaverei. Der Wille des einzelnen wird von dem Gemeinschaftswillen aufgesaugt und vernichtet. Jede Souveränität des einzelnen wird vernichtet.

An erster Stelle der *gemeinschaftlich* organisierten Gewerbe steht dasjenige, das die Aufgabe hat, zu schützen und das Eigentum an Menschen und Dingen gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Wie haben sich die Gemeinschaften, in denen dieses Gewerbe ausgeübt wird, – Nation und Gemeinde – gebildet?

Die Mehrheit der Nationen haben sich durch Bündnisse der Eigentümer von Sklaven oder Leibeigenen sowie deren Eroberungen zusammengefunden. Frankreich ist beispielsweise ein Ergebnis aufeinander folgender Bündnisse und Eroberungen. Durch Heiraten, Gewalt oder Listen dehnten die Souveräne von der Ile de France ihre Macht über die verschiedenen Teile der alten Gallier aus. Zwanzig Monopolregierungen, die sich über die heutige Fläche Frankreichs ausdehnten, wurden durch eine einzige abgelöst. Die Könige der Provence, die Herzöge der Aquitaine, der Bretagne, der Bourgogne, der Loire, die Grafen von Flandern usw. machten dem französischen König Platz.

Dieser übernahm die Aufgabe der inneren und äußeren Verteidigung des Staats. Doch leitete er die Verteidigung oder die Polizei im Inneren nicht allein.

Jeder Burgherr wachte ursprünglich über die Ordnung in seinem Gebiet; jede Gemeinde, die sich mit Gewalt oder Geld von der Last der Bevormundung durch ihren Herrn befreit hatte, tat dasselbe in ihrem anerkannten Bezirk.

Gemeinden und Herren trugen auch in einem gewissen Maß, zur Landesverteidigung bei.

Man kann also sagen, daß der König von Frankreich das Monopol der allgemeinen Verteidigung hatte und die Burgherren und die Bürger der Gemeinden das der örtlichen Verteidigung.

In einigen Gemeinden war die Polizei unter der Leitung einer von den Bürgern der Stadt gewählten Verwaltung, wie z.B. in den größeren Gemeinden in Flandern. Anderswo hatte sich eine Polizei als Gilde gegründet, wie die Bäckerei, die Metzgerei, die Schusterei, in einem Wort: wie jedes andere Gewerbe.

In England hat sich die letztgenannte Form der Herstellung von Sicherheit bis auf unsere Tage erhalten. In der Londoner City lag die Polizei vor kurzem noch in den Händen einer privilegierten Gesellschaft. Und – eigentümlich! – diese Gesellschaft lehnte es ab, sich mit den Polizeien der anderen Viertel abzustimmen, obwohl die City ein ausgesprochener

Zufluchtsort für Übeltäter geworden war. Diese Ausnahme ist erst in der Zeit von Sir Robert Peels Reformen verschwunden.^c

Was tat die französische Revolution? Sie nahm dem französischen König das Monopol der allgemeinen Verteidigung, doch sie zerstörte es nicht. Sie legte es in die Hände „der Nation“, die seitdem als riesige Gemeinde organisiert war.

Doch die kleinen Gemeinden, in die sich das Gebiet des alten französischen Königreichs aufteilte, bestanden weiter. Man erhöhte ihre Zahl sogar beträchtlich. Die Regierung der großen Gemeinde hatte das Monopol der allgemeinen Verteidigung inne, die kleinen Gemeinden, unter der Aufsicht der Zentralgewalt, das Monopol der örtlichen Verteidigung.

Doch dabei blieb man nicht stehen. In Land und den Gemeinden richtete man wieder andere Gewerbe, insbesondere das Schulwesen, das Kirchenwesen, das Verkehrswesen usw. ein und erlegte den Bürgern verschiedene Steuern auf, die die Kosten der derart gemeinschaftlich ausgestalteten Gewerbe zu tragen hatten.

Später forderten die Sozialisten, die – schlechte Beobachter, wenn es je welche gab – nicht bemerkten, daß die auf Landes- oder Gemeindeebene vergesellschafteten Gewerbe teurer und schlechter als diejenigen Gewerbe arbeiteten, die frei geblieben waren, die Vergemeinschaftung aller Zweige der Produktion. Sie wollten, daß das Land und die Gemeinden sich nicht mehr nur darauf beschränkten, über die Ordnung zu wachen, Schulen und Straßen zu bauen, Gottesdienste zu finanzieren, Bibliotheken zu öffnen, Theater zu subventionieren, Gestüte zu unterhalten, Tabak, Teppiche, Porzellan usw. herzustellen, sondern daß sie die Produktion *aller Dinge* übernähmen.

Der gute Verstand der Öffentlichkeit lehnte sich gegen diese schlimme Utopie auf, doch dabei blieb er stehen. Man verstand gut, daß es ruinös wäre, alle Dinge gemeinschaftlich herzustellen. Man verstand nicht, daß es ebenso ruinös sein würde, einige Dinge gemeinschaftlich herzustellen. Man betrieb daher weiter den *teilweisen Kommunismus*, während man die Sozialisten verhöhnte, die mit lautem Geschrei einen *umfassenden Kommunismus* forderten.

Doch die Konservativen, die für einen teilweisen und gegen einen umfassenden Kommunismus sind, sind heute über einen wichtigen Punkt geteilter Meinung.

Die einen wollen, daß der teilweise Kommunismus hauptsächlich auf Landesebene durchgeführt wird; sie vertreten die *Zentralisierung*.

Die anderen fordern dagegen größere Befugnisse für die Gemeinden. Sie wollen, daß diese die verschiedenen Gewerbe – Schulen aufbauen, Straßen und Kirchen bauen, Theater subventionieren usw. – ohne die Notwendigkeit einer Genehmigung durch die Zentralregierung ausüben können. Sie fordern die *Dezentralisierung*.

Die Erfahrung lehrt uns die Übel der Zentralisierung. Die Erfahrung hat bewiesen, daß die landesweit, durch den Staat ausgeübten Gewerbe teurere und schlechtere Produkte herstellen als die aus freien Gewerben.

Aber bedeutet das, daß die Dezentralisierung besser ist? Heißt das, daß es nützlicher wäre, die Gemeinden gleichzustellen oder, was dasselbe ist, ihnen zu gestatten, nach Gutdünken Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen zu errichten, Theater zu bauen, Gottesdienste zu bezahlen oder nach Gutdünken sogar noch weitere Gewerbe auszuüben?

Was benötigen die Gemeinden, um die Ausgaben für die Dienste zu bestreiten, die sie übernehmen? Sie brauchen Kapitalien. Woraus können sie diese nehmen? Aus den Taschen

^c Vgl. die *Etudes sur l'Angleterre* von Léon Faucher [2 Bde., Paris, Guillaumin, 1845]

der Privatleute, nirgendwoher sonst. Infolgedessen sind sie gezwungen, den Einwohnern der Gemeinde verschiedene Steuern aufzuerlegen.

Heute bestehen diese Steuern im allgemeinen aus den Pfennigen, die zu den an den Staat gezahlten Abgaben hinzukommen. Jedoch haben auch einige Gemeinden die Erlaubnis erhalten, unter dem Namen Oktroi⁸ eine kleinen Zoll an ihren Grenzen zu erheben. Dieser Zoll, der die Mehrheit der bis dahin frei gebliebenen Gewerbe trifft, erhöht natürlich stark die Mittel der Gemeinde. Daher werden bei der Zentralregierung häufig die Genehmigungen, einen Stadtzoll einzuführen, beantragt. Diese gewährt ihn nur selten, und darin handelt sie weise; dagegen erlaubt sie den Gemeinden jedoch häufig genug eine außerordentliche Auflage⁹, mit anderen Worten: sie erlaubt der Mehrheit der Gemeindeverwalter, eine außerordentliche Steuer, die alle Verwalteten zahlen müssen, zu erheben.

Sollten einmal die Gemeinden gleichgestellt werden; an jedem Ort die *Mehrheit* der Einwohner das Recht bekommen, so viele Gewerbe einzurichten wie es ihr gefällt und die Minderheit zu *zwingen*, zu den Ausgaben dieser vergemeinschafteten Gewerbe beizutragen; sollte die Mehrheit ermächtigt werden, nach Gutdünken jede Art örtlicher Abgaben zu erheben; dann werden Sie bald so viele kleine unterschiedliche, getrennte Staatswesen entstehen sehen, wie man heute Gemeinden zählt. Sie werden sehen, wie schrittweise vierundvierzigtausend *Stadtzölle* als Binnenzölle entstehen werden, um den örtlichen Abgaben beizustehen; Sie werden also, alles in allem, sehen, wie das Mittelalter wiederauflebt.

In dieser Ordnung würde die Freiheit der Arbeit und des Handels durch die Monopole beeinträchtigt, die sich die Gemeinden über bestimmte Produktionszweigen einräumen werden, und durch die Steuern, die Sie auf andere Zweige erheben werden, um die vergemeinschafteten Gewerbe zu unterhalten. Das Eigentum aller wäre der Willkür der Mehrheit¹⁰ preisgegeben.

Was würde aus dem Eigentum, frage ich Sie, in den Gemeinden, in denen die sozialistische Meinung vorherrscht? Die Mehrheit würde nicht nur Steuern erheben, um die Ausgaben der Polizei, der Straßenverwaltung, der Kirchen, der Wohlfahrtseinrichtungen, der Schulen usw. zu bestreiten, sondern auch, um volkseigene Werkstätten, volkseigene Speicher, volkseigene Geschäfte usw. einzurichten. Wäre nicht auch die nicht-sozialistische Minderheit gezwungen, diese örtlichen Abgaben zu zahlen?

Was wird unter einer solchen Verwaltungsform also aus der Volkssouveränität? Verflüchtigt sie sich nicht unter der Tyrannei der größten Zahl?

Die Dezentralisierung führt noch geradliniger als die Zentralisierung zum umfassenden Kommunismus, d.h. zur umfassenden Zerstörung der Souveränität.

Was ist daher zu tun, um den Menschen die Souveränität zurückzugeben, die ihnen die Monopole in der Vergangenheit geraubt haben und die der Kommunismus, dieses umfassende Monopol, ihnen in der Zukunft zu rauben droht?

Man muß ganz einfach die verschiedenen Gewerbe, die früher als Monopole eingerichtet waren und heute vergemeinschaftet ausgeübt werden, freigeben. Man muß die Gewerbe, die noch vom Staat oder den Gemeinden ausgeübt oder geregelt werden, der freien Tätigkeit der Einzelnen überlassen.

Wenn der Mensch wieder wie vor der Entstehung der Gesellschaften das Recht besäße, seine Fähigkeiten ohne irgendwelche Hindernisse oder Verpflichtungen frei an jede Art der Arbeit zu wenden, dann würde er wieder voll über seine Souveränität verfügen.

K: Sie sind jetzt die verschiedenen monopolisierten, privilegierten oder regulierten Gewerbe durchgegangen und haben uns mit mehr oder weniger Erfolg bewiesen, daß diese Gewerbe

zum allgemeinen Vorteil frei gelassen werden sollten. Zugestanden! Ich möchte nicht auf ein bereits erschöpftes Thema zurückkommen. Doch ist es auch möglich, Staat und Gemeinden der Sorge um die Verteidigung nach außen und innen zu entheben?

S: Und also auch der Rechtspflege?

K: Ja, auch der Rechtsprechung. Ist es möglich, daß diese Gewerbe, um in ihren Worten zu sprechen, in der Nation und den Gemeinden anders als gemeinschaftlich ausgeübt werden können?

Ö: Ich würde diese beiden Formen des Kommunismus vielleicht nur streifen, wenn Sie mir ganz einfach zugeständen, auf alle anderen zu verzichten; wenn Sie den Staat so weit beschränken würden, daß er hinfort nichts anderes mehr als ein Polizist, ein Soldat und ein Richter ist. Doch nein! ... Denn der Kommunismus in der Sicherheit ist der Schlussstein im alten Gebäude der Knechtschaft. Übrigens sehe ich keinen Grund, ihnen diesen mehr zuzugestehen als die anderen.

Von zwei Dingen kann nur eine richtig sein:

Entweder gilt der Kommunismus mehr als die Freiheit; in diesem Fall müssen alle Gewerbe, im Staat oder in der Gemeinde, gemeinschaftlich durchgeführt werden.

Oder die Freiheit ist dem Kommunismus vorzuziehen; in diesem Fall sind auch alle bislang gemeinschaftlich eingerichteten Gewerbe – die Justiz und die Polizei ebenso wie die Bildung, die Kirchen, der Verkehr, die Tabakherstellung usw. – freizugeben.

S: Das ist folgerichtig.

K: Aber ist es möglich?

Ö: Wir wollen sehen! Geht es um die Gerechtigkeit? Im alten Staatswesen war die Rechtspflege nicht öffentlich verfasst und bezahlt; sie war als Monopol eingerichtet und wurde von denen bezahlt, die sie nutzten.

Mehrere Jahrhunderte lang gab es kaum einen unabhängigeren Beruf. Er bildete, wie auch alle anderen Bereiche der materiellen oder immateriellen Produktion, eine privilegierte Körperschaft. Die Mitglieder der Körperschaft konnten ihr Amt oder ihr Meisterrecht ihren Kindern vermachen oder sie auch verkaufen. Da sie dieses Amt *dauerhaft* innehatten, fielen die Richter besonders durch ihre Unabhängigkeit und ihre Redlichkeit auf.

Leider besaßen diese Verhältnisse andererseits auch alle Mängel, die dem Monopol nun einmal innewohnen. Die monopolisierte Gerechtigkeit war teuer.

S: Und Gott weiß, wie viele Beschwerden und Klagen diese *Gewürze*¹¹ nach sich zogen. Das bezeugt der kleine Vers, den man nach einer Feuersbrunst an das Tor des Justizpalastes geschrieben fand:

Den Palast hat Justitia in Brand gesetzt,
weil sie sich zu sehr an Gewürzen ergetzt.

Muß die Gerechtigkeit nicht ihrem Wesen nach kostenlos sein? Und folgt aus der Kostenlosigkeit nicht die öffentliche Einrichtung?

Ö: Man hat sich beklagt, daß die Justiz zu viele Gewürze verschlinge. Man beklagte sich nicht, daß sie sie überhaupt zu sich nahm. Wäre die Justiz nicht als Monopol eingerichtet worden; hätten die Richter damit nur ihre rechtmäßige Entlohnung für ihr Gewerbe verlangen können, hätte man sich über die Sporteln nicht beklagt.

In den Ländern, wo diejenigen, die sich zu verantworten hatten, das Recht hatten, ihre Richter selbst zu wählen, waren die Mängel des Monopols bedeutend gemildert. Der Wettbewerb, der

sich dadurch zwischen den verschiedenen Höfen herausbildete, verbesserte die Justiz und machte sie preiswerter. Adam Smith schreibt dieser Ursache den Fortschritt in der englischen Rechtspflege zu. Der Abschnitt ist merkwürdig, und ich hoffe, daß er Ihre Zweifel zerstreut:

„Die Gerichtssporteln scheinen ursprünglich auch in England die hauptsächlichste Einnahmequelle der Gerichtshöfe gewesen zu sein. Jeder Gerichtshof suchte so viele Geschäfte an sich zu ziehen, wie er konnte, und zog deshalb gern Rechtssachen in seine Gerichtsbarkeit, die eigentlich nicht dahin gehört hätten. Der Gerichtshof der königlichen Bank (*Kingsbench*), der nur für Kriminalsachen bestimmt war, erkannte auch in Zivilprozessen, indem der Kläger vorgab, daß der Beklagte, indem er ihm Gerechtigkeit verweigerte, sich eines Rechtseingriffes oder strafbaren Vergehens schuldig gemacht habe. Das Schatzkammergericht (*Court of Exchequer*), das zur Erhebung der königlichen Einkünfte und zur Beitreibung ausschließlich solcher Schuldzahlungen, welche Privatleute an den König abzutragen hatten, eingeführt worden war, erkannte auch über alle anderen Schuldsachen, indem der Kläger vorgab, daß er den König nicht bezahlen könne, weil der Beklagte ihn nicht bezahle. Durch solche Fiktionen kam es dahin, daß es in vielen Fällen ganz von den Parteien abhing, vor welchem Gerichtshof sie ihre Sache verhandelt wissen wollten, und jeder Gerichtshof suchte durch größere Schnelligkeit und Unparteilichkeit so viel Prozesse als möglich in seinen Bereich zu ziehen. Vielleicht rührt die gegenwärtige bewundernswürdige Verfassung der englischen Gerichtshöfe größtenteils von dem Wetteifer her, der früher zwischen ihren verschiedenen Richtern herrschte: Denn jeder Richter beeiferte sich, bei seinem Gerichtshof den Parteien die schnellste und wirksamste Rechtshilfe, welche das Gesetz für jede Art erlittenen Unrechts darbietet, angedeihen zu lassen.“^d

S: Aber noch mal: Ist die Kostenlosigkeit nicht vorzuziehen?

Ö: Sie lassen also immer noch nicht von dem Trugbild der Kostenfreiheit ab. Muß ich Ihnen erst beweisen, daß eine kostenlose Justiz, mit allen Steuerbeträgen, die man eintreibt, um die kostenlosen Gerichte zu unterhalten und kostenlosen Richter zu bezahlen, teurer ist als die beschriebene. Muß ich Ihnen zeigen, daß die Kostenfreiheit der Justiz notwendig ungerecht ist, da sich nicht jeder ihrer *im gleichen Maß* bedient, weil nicht jeder die gleiche Streitlust verspürt? Außerdem wissen Sie sehr gut, daß die Justiz unter der gegenwärtigen Verfassung ebenfalls nicht umsonst ist.

K: Die Prozesse ruinieren einen. Doch können wir uns über den heutigen Stand der Rechtspflege beklagen? Ist der Zustand unserer Gerichte nicht tadellos?

S: Oh, oh! Tadellos? Ein Engländer, den ich anderntags zum Schwurgericht begleitete, verließ die Sitzung ganz entrüstet. Er verstand nicht, daß ein zivilisiertes Volk einem Staatsanwalt erlaubte, rednerische Kunstgriffe einzusetzen, um eine Verurteilung zum Tode zu fordern. Diese Beredsamkeit, die Zuträgerin des Henkers, versetzte ihn in Schrecken. In England begnügt man sich damit, die Anklage darzulegen; man wird darüber nicht leidenschaftlich.

Ö: Fügen Sie noch die sprichwörtliche Langsamkeit unserer Gerichtshöfe hinzu, die Leiden der Unglücklichen, die über Monate, manchmal über Jahre hinweg ihr Urteil erwarten, während sich die Untersuchung in wenigen Tagen erledigen ließe; die Kosten und riesigen Verluste, die diese Verschleppung mit sich bringt, und Sie werden sich davon überzeugen, daß die Rechtspflege in Frankreich kaum vorangekommen ist.

S: Doch übertreiben wir auch nicht. Heute haben wir, Gott sei Dank, die Einrichtung der Geschworenen.

Ö: Tatsächlich, man beschränkt sich nicht darauf, den Steuerzahlern die Kosten für die Justiz aufzuerlegen, man zwingt sie auch dazu, selbst die Richterrolle einzunehmen. Das ist reiner

^d aus: *Der Reichtum der Nationen*, 5. Buch, Kap. 1.

Kommunismus: *Ab uno disce omnes*¹². Ich denke nicht, daß die Geschworenen besser urteilen können als die Nationalgarde – auch so eine kommunistische Einrichtung! – Krieg führen kann.

S: Und warum?

Ö: Weil man nur seinen Beruf, sein Spezialfach, gut ausübt und weil es nicht der Beruf, das Spezialfach eines Geschworenen ist, Richter zu sein.

K: Auch er beschränkt sich darauf, das Vergehen festzustellen und die Umstände, unter denen das Vergehen begangen wurde, zu bewerten.

Ö: ... und damit die schwierigste, stachligste Aufgabe des Richters auszuüben. Eine derart heikle Aufgabe, die ein so gesundes, so geübtes Urteil, einen so ruhigen, kalten, unparteiischen Geist erfordert, überantwortet man dem Zufall des Auslosens. Es ist genau so, als würde man jedes Jahr die Namen derjenigen Bürger, die die Aufgabe erhalten sollen, Schuhe herzustellen oder Tragödien für das Gemeinwesen zu schreiben, durch das Los bestimmen.

K: Ein gezwungener Vergleich.

Ö: Nach meiner Ansicht ist es schwieriger, ein gutes Urteil zu fällen als ein gutes Paar Schuhe zu fabrizieren oder einige Hundert Alexandriner anständig aneinanderzureihen. Ein vollkommen erleuchteter und unvoreingenommener Richter ist seltener als ein fähiger Schuster oder ein Dichter, der in der Lage ist, für das Théâtre Français zu schreiben.

In den Strafsachen verrät sich jeden Tag die Unfähigkeit der Geschworenen. Doch leider widmet man den im Schwurgericht begangenen Fehlern nur mittelmäßige Aufmerksamkeit. Was sage ich? Man betrachtet es fast als ein Vergehen, ein einmal gefälltes Urteil in Frage zu stellen. Und ist es nicht die Gewohnheit, daß die Geschworenen in politischen Fällen sich eher nach der Farbe ihrer Meinung – weiß oder rot – als nach der Gerechtigkeit aussprechen? Würde der Mensch, der gerade von einem weißen Schwurgericht verurteilt wird, nicht von einem roten freigesprochen und umgekehrt?

S: Leider!

Ö: Schon sind die Minderheiten müde, von Geschworenen, die der Mehrheit angehören, gerichtet zu werden. Warten Sie auf den Schluß ...

Es geht hier aber auch um das Gewerbe, das für die innere und äußere Verteidigung sorgt. Glauben Sie, daß es so viel mehr wert ist als das der Justiz? Kosten uns nicht unsere Polizei und unsere Armee ziemlich viel im Vergleich zum tatsächlichen Dienst, den sie uns leisten?

Gibt es schließlich nichts dagegen einzuwenden, daß sich das Gewerbe der öffentlichen Verteidigung in den Händen der Mehrheit befindet?

Untersuchen wir das.

Wird die Steuer, in einer Ordnung, in der die Mehrheit die Veranlagung der Steuern bestimmt und den Einsatz der Staatsgelder lenkt, nicht, je nach den vorherrschenden Einflüssen, mehr oder weniger auf bestimmten Teilen der Gesellschaft lasten? Lag die Steuer unter der Monarchie, als die Mehrheit gänzlich fiktiv war und die Oberklasse sich anmaßte, das Land unter Ausschluß des Restes der Nation zu regieren, nicht hauptsächlich auf dem Verbrauch der unteren Klassen, auf dem Salz, dem Wein, dem Fleisch usw.? Zweifellos zahlte auch die Bourgeoisie ihren Teil an den Steuern; da aber der Kreis ihrer Verbrauchsgüter unendlich viel weiter war als der der Unterschicht, war ihr Einkommen insgesamt von diesen Steuern viel weniger betroffen. In dem Maß, in dem die Unterschicht aufgeklärter wird und mehr Einfluß im Staat gewinnt, werden Sie die entgegengesetzte Entwicklung beobachten. Sie sehen, wie die progressive Steuer, die heute gegen die Unterschicht gerichtet ist, gegen die Oberschicht

umgewendet wird. Diese wird zweifellos mit aller Kraft gegen diese neue Richtung Widerstand leisten; sie wird, zu Recht, Ausbeutung und Diebstahl rufen; aber wenn die kommunistische Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts beibehalten wird und keine überraschende Gewaltanwendung erneut die Regierung in die Hand der Reichen unter Ausschluß der armen Schichten gibt, wird der Wille der Mehrheit obsiegen und die progressive Steuer eingeführt werden. Damit wird ein Teil des Eigentums der Reichen gesetzlich konfisziert werden, um die Bürde der Armen zu erleichtern, so wie lange ein Teil des Eigentums der Armen gesetzlich konfisziert werden, um die Bürde der Reichen zu erleichtern.

Doch es kommt noch schlimmer.

Nicht nur, daß die Mehrheit einer kommunistischen Regierung die Steuerveranlagung gestalten kann, wie es ihr gut dünkt, sie kann diese Steuer auch zu den Zwecken einsetzen, die sie für ratsam hält, ohne dabei den Willen der Minderheit zu berücksichtigen.

In einigen Ländern verwendet die Mehrheitsregierung einen Teil der staatlichen Gelder, um seinem Wesen nach unrechtmäßiges und unmoralisches Eigentum zu schützen. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel gewährleistet die Regierung den Pflanzern im Süden das Eigentum an ihren Sklaven. Jedoch gibt es auch in den Vereinigten Staaten *Abolitionisten*, die Sklaverei zu Recht als Diebstahl betrachten. Aber egal! Die kommunistische Maschine zwingt sie dazu, ihren Zehnten dafür zu zahlen, daß diese Art des Diebstahls beibehalten wird. Würden die Sklaven eines Tages versuchen, sich von diesem ungerechten und widerwärtigen Joch zu befreien, wären die *Abolitionisten* verpflichtet, das *Eigentum* der Pflanzler mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das ist das Gesetz der Mehrheit!

Anderswo geschieht es, daß die Mehrheit, durch politische Intrigen oder religiösen Fanatismus dazu getrieben, einem anderen Volk den Krieg erklärt. Die Minderheit kann noch so sehr vor diesem Krieg zurückschrecken und ihn verdammen; sie ist verpflichtet, ihr Blut und ihr Geld dazu beizutragen. Das ist wieder das Gesetz der Mehrheit!

Was geschieht also? Die Mehrheit und die Minderheit liegen ständig im Kampf miteinander, und manchmal wechselt der Krieg von der parlamentarischen Arena auf die Straße.

Heute ist es die rote Minderheit, die aufsteht. Würde diese Minderheit zur Mehrheit und würde sie die Rechte der Mehrheit nutzen, um die Verfassung in ihrem Sinne umzugestalten, progressive Steuern anzuordnen, Zwangsanleihen und Papiergeld einzuführen; wer könnte Ihnen zusichern, daß sich morgen nicht die weiße Minderheit erheben würde?

In dieser Ordnung gibt es keine dauerhafte Sicherheit. Und wissen Sie, warum? Weil sie beständig das Eigentum bedroht; weil sie die alle Menschen und alle Güter der Gnade einer blinden oder aufgeklärten, einer moralischen oder unmoralischen Mehrheit preisgibt.

Wäre die kommunistische Herrschaft, statt wie in Frankreich auf eine Unzahl von Dingen angewendet zu werden, eng begrenzt, wie in den Vereinigten Staaten, wären die Ursachen für Zwietracht zwischen Mehrheit und Minderheit weniger zahlreich, und es gäbe weniger Unzuträglichkeiten für diese Herrschaftsform. Doch würden sie nie vollständig verschwinden. Das der größeren Zahl zugestandene Recht, den Willen der kleineren Zahl zu tyrannisieren, könnte unter bestimmten Umständen wieder einen Bürgerkrieg hervorrufen.

K: Aber noch einmal: Ich verstehe nicht, wie das Gewerbe, das für die Sicherheit der Personen und des Eigentums sorgen soll, ausgeübt werden könnte, wenn es freigegeben wird. Ihre Logik verleitet Sie zu Träumen, die Sie für Charenton¹³ geeignet machen.

Ö: Wir wollen sehen; ereifern wir uns nicht. – Ich nehme an, daß man, nachdem man erkannt hat, daß der teilweise Kommunismus des Staats und der Gemeinden entschieden schlecht ist, nun alle Bereiche der Produktion – mit Ausnahme der Justiz und der Verteidigung – befreit.

Soweit kein Einwand. Nun kommt aber ein *radikaler Ökonomist*¹⁴, ein Träumer, und sagt: Nachdem ihr nun die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten des Eigentums freigegeben habt; warum befreit ihr nicht nun auch die, die die Aufrechterhaltung des Eigentums sichern? Werden diese Gewerbe nicht wie die anderen auf gerechtere und nutzbringendere Weise ausgeübt, wenn sie freigegeben werden? Sie behaupten, das sei nicht durchführbar. Warum? Gibt es nicht einerseits in unserer Gesellschaft Menschen, die besonders geeignet sind, entweder über die Streitigkeiten, die unter Eigentümern auftreten können, zu richten und die Vergehen gegen das Eigentum zu beurteilen oder das Eigentum an Personen und Dingen gegen die Angriffe der Gewalt und der List zu verteidigen? Gibt es nicht Menschen, deren natürliche Fähigkeiten sie besonders geeignet machen, Richter, Polizisten und Soldaten zu sein? Haben andererseits nicht alle Eigentümer unterschiedslos das Bedürfnis nach Sicherheit und Gerechtigkeit? Neigen daher nicht alle dazu, etwas zu opfern, um dieses dringende Bedürfnis zu befriedigen, insbesondere, wenn sie nicht in der Lage sind, es selbst zu tun, oder wenn sie es nur unter Einsatz von viel Zeit und Geld tun könnten?

Wenn es also einerseits Menschen gibt, die sich um das Bedürfnis einer Gesellschaft sorgen können, andererseits Menschen, die bereit sind, etwas auszugeben, damit man ihnen ihr Bedürfnis befriedigt, genügt es nicht, die beiden Seiten *gewähren zu lassen* [*laissez faire*¹⁵], damit das materielle oder immaterielle Gut hergestellt und das Bedürfnis befriedigt wird?

Tritt diese wirtschaftliche Erscheinung nicht ebenso unwiderstehlich, schicksalhaft auf, wie die physikalische Erscheinung des Falls eines Körpers¹⁶?

Habe ich daher nicht Grund, zu sagen, daß dieses besondere Gewerbe auch in einer Gesellschaft, die es aufgegeben hat, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, ebenso ausgeübt werden wird? Habe ich nicht Grund, hinzuzufügen, daß sie unter der Herrschaft der Freiheit besser würde als sie es unter der Herrschaft der Gemeinschaft je sein könnte?

K: Wie das?

Ö: Das geht die Ökonomen nichts an. Die Ökonomie kann sagen: *Wenn dieses Bedürfnis besteht*, wird es befriedigt werden, und zwar bei völliger Freiheit besser als in jeder anderen Ordnung. Für diese Regel gibt es keine Ausnahme! Doch wie sich dieses Gewerbe einrichten wird und welche technischen Abläufe sich herausbilden, das kann die Ökonomie nicht sagen.

Ebenso kann ich versichern, daß das Bedürfnis, zu essen, befriedigt werden wird, sobald es in der Gesellschaft auftaucht, und zwar um so besser, je mehr jedem freigestellt bleibt, Nahrungsmittel herzustellen oder sie von jedem, der einem geeignet erscheint, zu kaufen.

Ich kann Sie nochmals versichern, daß alles, ob es sich nun um Nahrung oder um die Sicherheit handelt, immer auf dieselbe Weise ablaufen wird.

Ich behaupte daher: Wenn eine Gemeinschaft bekannt machen würde, daß sie nach Ablauf einer gewissen Zeit – einem Jahr beispielsweise – alle Zahlungen an Richter, Soldaten und Polizisten einstellen würde, wären am Ende dieses Jahres mindestens ebenso viele Gerichte und Sicherheitsagenturen einsatzbereit vorhanden; und ich füge hinzu: wenn unter der neuen Ordnung jeder das Recht behält, frei diese beiden Gewerbe auszuüben und frei ihre Dienste einzukaufen, wird die Sicherheit am wirtschaftlichsten und besten bereitgestellt werden.

K: Ich werde Ihnen immer antworten, daß das nicht vorstellbar ist.

Ö: Zu der Zeit, als eine ständig Verordnungen erlassende Regierung die Gewerbe in den Mauern der Gemeinden gefangen hielt, als jede Zunft die ausschließliche Herrschaft über ihren Markt in der Gemeinde ausübte, sagte man jedes Mal, wenn ein wagemutiger Neuerer sich anstrebte, das Monopol anzutasten, daß dadurch die Gesellschaft bedroht werde. Wäre da jemand gekommen und hätte gesagt, daß eines Tages die Freiheit riesige Manufakturen an die Stelle der schwächlichen und armseligen Gewerbe setzen würde, die billigere und

vollkommenere Erzeugnisse lieferten, wäre man mit dem Träumer wohl schön umgesprungen. Die Konservativen jener Zeit hätten bei ihren großen Göttern geschworen, daß *so etwas nicht vorstellbar sei*.

S: Spaß beiseite! Wie kann man sich nur vorstellen, daß jeder Mensch das Recht hätte, selbst eine Regierung zu bilden, seine Regierung zu wählen oder sogar, keine zu wählen ... Was würde in Frankreich geschehen, wenn die französischen Bürger, nachdem sie alle anderen Gewerbe freigegeben hätten, durch gemeinsamen Beschluß ankündigten, daß sie nach einem Jahr aufhören würden, die Regierung des Staates zu unterstützen?

Ö: In dieser Hinsicht kann ich nur Mutmaßungen anstellen. Doch ungefähr das würde geschehen: Da das Bedürfnis nach Sicherheit in unserer Gesellschaft noch sehr groß ist, wäre es profitabel, Sicherheitsagenturen zu gründen. Man könnte sicher sein, daß sie ihre Kosten decken würden. Wie würden diese Unternehmen gegründet? Vereinzelte Menschen wären so wenig ausreichend dafür wie sie nicht ausreichten, Eisenbahnen, Schiffsanlegestellen usw. zu bauen. Große Firmen würden also entstehen, um *Sicherheit herzustellen*; sie würden sich das Material und die Arbeiter beschaffen, die sie benötigten. Sobald sie bereit wären, ihre Arbeit aufzunehmen, würden diese *Eigentumsversicherungen* Kunden auf sich aufmerksam machen. Jeder würde bei der Gesellschaft abschließen, die in ihm das meiste Vertrauen erweckte und deren Bedingungen ihm am vorteilhaftesten schienen.

K: Wir würden Schlange stehen, um uns zu versichern. Ganz sicher würden wir Schlange stehen!

Ö: Da das Gewerbe frei ist, würden wir sehen, wie sich gerade so viele Gesellschaften gründen würden, wie es *nützlich* ist. Gäbe es zu wenig von ihnen und wäre infolgedessen der Preis für Sicherheit zu hoch, wäre es profitabel, neue zu gründen; gäbe es zu viele, würde es nicht lange dauern, bis sich die überzähligen auflösten. Der Preis für Sicherheit entspräche auf diese Weise immer den Produktionskosten.

K: Wie würden sich diese freien Unternehmen miteinander verständigen, um für allgemeine Sicherheit zu sorgen?

Ö: Sie würden sich so verständigen, wie sich heute monopolistische und kommunistische Regierungen miteinander verständigen: weil sie einen Nutzen davon haben. Je mehr sie sich gegenseitig Möglichkeiten einräumen würden, um Diebe und Mörder zu fangen, und um so mehr würden sie ihre Kosten senken.

Der Natur ihres Gewerbes nach würden die Eigentumsversicherungen bestimmte Gebietsgrenzen kaum überschreiten; in Gegenden, wo sie nur wenige Kunden hätten, würden sie mit dem Unterhalt einer Polizei Verluste machen. Innerhalb ihrer Regionen könnten sie jedoch ihre Kunden weder unterdrücken noch ausbeuten, da sie sonst sofort die Wettbewerber auf den Plan rufen würden.

S: Und wenn die dort anwesende Gesellschaft die Wettbewerber daran hindern wollte?

Ö: Wenn sie also das *Eigentum* ihrer Wettbewerber und die Souveränität aller beschneiden wollte? ... O, dann würden sich alle diejenigen, deren Eigentum und Unabhängigkeit von den Monopolisten bedroht ist, gegen sie erheben und sie abstrafen.

S: Was, wenn sich alle Gesellschaften darauf verständigten, daß jede für sich ein Monopol errichtet? Was, wenn sie eine *Heilige Allianz* gründeten, um sich den Völkern aufzuzwingen und, gestärkt durch diese Verbindung, die unglücklichen Sicherheitsverbraucher dadurch gnadenlos ausbeuteten, daß sie sich mit Hilfe hoher Steuern den Großteil der Früchte der Arbeit des Volks aneigneten?

Ö: Wenn sie also wieder damit beginnen würden, was die alten Aristokratien bis zum heutigen Tag tun ... Nun also! Das Volk würde dem Rat Bérangers¹⁷ folgen:

Völker, bildet eine Heilige Allianz
Und gebt euch die Hand.¹⁸

Sie würden sich ihrerseits zusammenschließen. Und da sie über Verständigungsmittel verfügen, die ihre Vorfahren noch nicht besaßen; da sie hundertfach zahlreicher sind als ihre alten Beherrscher, würde die Heilige Allianz der Aristokratie bald zunichte werden. Daher, ich schwöre es ihnen, würde nichts mehr unternommen, um ein Monopol herbeizuführen.

K: Was täte man bei diesen Verhältnissen, um einen ausländischen Überfall abzuwehren?

Ö: Was wäre im Interesse der Firmen? Die Eindringlinge abzuwehren; denn sie wären die ersten Opfer des Überfalls. Sie würden sich untereinander verabreden, jene zurückzuschlagen, und würden von den Versicherten einen zusätzlichen Beitrag verlangen, da sie sie vor dieser neuen Gefahr behüteten. Würden die Versicherten lieber das Risiko des Überfalls auf sich nehmen, würden sie den Zusatzbeitrag verweigern; wenn nicht, würden sie zahlen und damit die Gesellschaften in die Lage versetzen, sich der Invasionsgefahr entgegen zu stellen.

Aber ebenso wie der Krieg unter einer Monopolherrschaft unvermeidlich ist, so ist es der Frieden unter einer Ordnung freiheitlicher Regierungen.

In dieser Ordnung könnten die Regierungen durch einen Krieg nichts gewinnen; dagegen können sie alles verlieren. Welches Interesse hätten sie, einen Krieg zu beginnen? Um die Zahl ihrer Kunden zu erhöhen? Aber den Sicherheitsverbrauchern steht es frei, sich regieren zu lassen, wie es ihnen beliebt und entkämen damit ihren Eroberern. Wenn diese ihnen ihre Oberherrschaft aufdrücken wollten, nachdem sie die bestehende Regierung vernichtet haben, würden die Unterdrückten unverzüglich den Beistand des ganzen Volks anrufen ...

Kriege zwischen den Gesellschaften würden im übrigen nur geführt werden, wenn die Aktionäre dafür das Geld vorschießen würden. Da nun ein Krieg nicht mehr zu einer Erhöhung der Kundenzahl beitragen kann, da die Kunden sich nicht mehr erobern ließen, würden die Kosten eines Kriegs offensichtlich nicht mehr gedeckt. Wer würde sie dann aber vorstrecken?

Daraus schließe ich, daß der Krieg in einer solchen Ordnung *materiell unmöglich* wäre, da kein Krieg ohne Darlehen möglich ist.

K: Welche Bedingungen würde eine Eigentumsversicherungsanstalt ihren Kunden stellen?

Ö: Es gäbe da Bedingungen verschiedener Art.

Damit die Versicherten die Gewährleistung für die volle Sicherheit für die Personen und Dinge erhalten, ist es notwendig:

1. daß die Versicherungen bestimmte Strafen für Übertretungen an Personen oder Sachen festsetzen und die Versicherten sich damit einverstanden erklären, sich diesen Strafen in dem Fall zu unterwerfen, daß sie selber Menschen oder Sachen misshandelten.
2. daß sie den Versicherten bestimmte Zwänge auferlegen, um damit bei Vergehen die Entdeckung der Täter zu erleichtern.
3. daß sie regelmäßig Beiträge erhalten, die nach der Lage der Versicherten, ihrem Beruf, nach Umfang, Art und Wert des zu schützenden Eigentums gestaffelt sind, um ihre Kosten zu decken.

Wenn die festgelegten Bedingungen den Sicherheitsverbrauchern zusagen, schließt man einen Vertrag, andernfalls wendet sich der Kunde an andere Gesellschaften oder kümmert sich um seine Sicherheit selbst.

Wenn Sie diese Annahme bis in alle ihre Verzweigungen verfolgen, werden Sie sich, denke ich, davon überzeugen können, daß es möglich ist, monopolistische oder kommunistische Regierungen in freiheitliche zu verwandeln.

K: Ich sehe dabei immer noch Schwierigkeiten. Und wer würde die Staatsschulden bezahlen?

Ö: Denken Sie nicht, daß man mit dem Verkauf des heute öffentlichen Eigentums – Straßen, Kanäle, Flüsse, Wälder, öffentliche Verwaltungsgebäude, Betriebsmittel der öffentlichen Dienste – nicht leichthin den Schuldenbetrag aufbringen könnte? Der Betrag ist nicht höher als sechs Milliarden. Der Wert des öffentlichen Eigentums in Frankreich geht darüber ganz gewiß weit hinaus.

S: Bedeutet eine solche Einrichtung nicht das Ende jeder Staatsangehörigkeit? Würde die nationale Einheit nicht dadurch zerstört, daß sich mehrere Eigentumsversicherungen in einem Land niederlassen?

Ö: Zunächst müßte eine nationale Einheit überhaupt erst bestehen, bevor man sie zerstören könnte. Nun kann ich aber keine nationale Einheit entdecken bei diesen gestaltlosen Ansammlungen von Völkern, die durch Gewalt zusammengebracht wurden und meistens durch Gewalt zusammengehalten werden.

Weiter hat man unrecht, zwei Dinge miteinander zu vermischen, die von Natur aus ganz voneinander getrennt sind: Nation und Regierung. Die Nation ist *eine*, wenn die Menschen, die an ihr teilhaben, dieselben Sitten, dieselbe Sprache, dieselbe Zivilisation miteinander teilen; wenn sie eine bestimmte, eigentümliche Art der Gattung Mensch darstellen. Ob dann diese Nation zwei oder eine Regierung hat, bedeutet da nur wenig, jedenfalls solange nicht die Regierungen die ihnen unterworfenen Ländereien mit künstlichen Mauern umgeben und in unablässiger Feindseligkeit mit ihren Nachbarn leben. Im letzteren Fall wird der natürliche Antrieb des Nationalgefühls gegen diese barbarische Aufspaltung und den künstlich hervorgerufenen Gegensatz innerhalb eines Volks Widerstand leisten, und die getrennten Teile dieses Volks werden unablässig danach streben, sich wiederzuvereinigen.

Bis zum heutigen Tag haben ja die Regierungen die Völker geteilt, um sie leichter im Gehorsam zu halten: *Teile, um zu herrschen*, war zu allen Zeiten die Richtschnur ihrer Politik. Die Menschen derselben Herkunft, die mit einer gemeinsamen Sprache über ein einfaches Verständigungsmittel verfügten, haben der Ausübung dieses Wahlspruchs entschlossen entgegengearbeitet; zu allen Zeiten haben sie sich bemüht, die künstlichen Mauern, die sie voneinander trennten, niederzureißen. Wenn sie es dann schließlich erreicht hatten, wollten sie nur eine Regierung haben, um nicht erneut voneinander getrennt zu werden. Aber merken Sie wohl: sie haben von der Regierung nie verlangt, daß sie sie von anderen Völkern trennen sollte ... Das Nationalgefühl ist daher nicht eigensüchtig, wie man oft behauptet hat; es ist im Gegenteil seinem Wesen nach teilnahmsvoll. Wenn eine Mehrzahl von Regierungen nicht mehr bedeutet, daß Völker getrennt, zerstückt werden, dann werden Sie sehen, daß dieselbe Nation auch gerne mehrere von ihnen anerkennt. Um die Einheit eines Volks zu begründen, ist eine einzige Regierung ebensowenig notwendig wie eine einzige Bank, ein einziges Schulsystem, eine einzige Religion, eine einzige Ladenkette usw.

S: Da haben wir in der Tat eine eigentümliche Lösung für die Frage der Regierung!

Ö: Es ist die einzige Lösung, die der Natur der Dinge angemessen ist.

¹ Im Begriff Monopol ist immer mitzudenken, daß Monopole nur durch Gewalt eingesetzt oder aufrecht erhalten werden können, wobei unter Gewalt auch die staatliche (die deswegen ja hier in Frage gestellt wird) zu verstehen ist; durch das Privileg an den Monopolisten können sich immer bestimmte Gruppen auf Kosten der Gesellschaft ungerechtfertigt bereichern; es gibt, wie Molinari nicht müde wird, auszuführen, keine „natürlichen“ Monopole.

² 1797 in Basel (mit fiktivem Impressum "London") anonym erschienen und sogleich von der französischen Regierung verboten.

³ Französischer Royalist, 1753-1821. Die beiden genannten Schriften sind seine Hauptwerke.

⁴ Vollständiger Titel: *Essai sur le principe générateur des constitutions politiques et des autres institutions humaines* (1809), deutsche Übersetzung : Versuch über Ursprung und Wachstum der politischen Constitutionen und anderer menschlicher Einrichtungen (1822), die wichtigste konservative, gegenrevolutionäre Schrift.

⁵ Vgl. dazu Molinaris Artikel gleichen Titels, in deutscher Übersetzung z.B. auf www.mises.org.

⁶ Oberitalien und Ungarn hatte sich im Gefolge der Revolution von 1848 gegen die österreichische Herrschaft erhoben. Oberitalien wurde durch Radetzky geschlagen (25.7.1848), Ungarn durch Österreich mit Hilfe Rußlands (13.8.1849).

⁷ Das war der Name der 1815 geschlossenen Allianz der Monarchien Russland, Österreich und Preußen, dann auch Frankreich unter der Führung Österreichs zur Verteidigung der europäischen Ordnung des Wiener Kongresses und des monarchischen Absolutismus („System Metternich“), u.a. im Namen eines „Kräftegleichgewichts“.

⁸ d.h. städtische Steuer, Akzise

⁹ Wortspiel, da „*s'imposer extraordinairement*“ gleichzeitig auch bedeutet, „sich außerordentlich aufzudrängen“ – nämlich den Bürgern

¹⁰ Dies mag heutigen Verfechtern der Demokratie merkwürdig klingen, die zwar gewöhnt sind, bei gewissen demokratischen Entscheidungen einen Minderheitenschutz zu fordern, aber selten etwas dabei finden, wenn eine Mehrheit ihren Willen gegenüber allen anderen durchsetzt. Daß dieses Verfahren letztendlich nur mit Gewalt gegenüber der unterlegenen Minderheit durchgesetzt werden kann, scheint diese Fanatiker der Demokratie nicht zu stören.

¹¹ D.h. die Gerichtssporteln, eine direkt an den Gerichtsbeamten zu zahlende Gebühr, die seinen Zusatzverdienst neben der geringen Entlohnung ausmachte, und manchmal durchaus willkürlich gehandhabt wurde.

¹² Begreife alles von einem aus. Vergil (Ae. II 65.).

¹³ Ort eines Irrenhauses südöstlich von Paris (ehemals ein von Geistlichen geleitetes Spital), in dem u.a. auch Marquis de Sade von 1803 bis zu seinem Tode 1814 einsaß.

¹⁴ Als „Ökonomen“ bezeichnete man die Wirtschaftsliberalen und Freihändler, die auf den Lehren der Physiokraten (Quesnay) und A. Smith aufbauten. Später wurden sie als „Manchester-Liberale“ erfolgreich diffamiert. In Deutschland war besonders der „Kongreß deutscher Volkswirte“, darunter John Prince-Smith und Julius Faucher aktiv.

¹⁵ „Laissez faire, laissez passer“ war der Kampftruf der Physiokraten gegen staatliche Eingriffe im Inneren und Zollschranken nach außen.

¹⁶ Mit der Physiokratie (aus grch. *physis* – Natur und *kratein* – herrschen) taucht der Gedanke auf, daß wirtschaftliche Erscheinungen ebenso gesetzmäßig ablaufen wie naturwissenschaftliche Vorgänge. Dies ist die Geburtsstunde der Volkswirtschaft als wissenschaftlicher Disziplin.

¹⁷ Pierre-Jean de Béranger, 1780-1857. Der in Paris geborene Liedermacher war ein begeisterter Anhänger Napoleons. Allerdings wurde er erst nach dem Sturz des Korsen berühmt, als er während der Restaurationszeit des Andenken des Kaisers in mitreißenden Liedern wachhielt. Von 1815 bis 1833 veröffentlichte er fünf Bände, die neben Ulk- und Trinkliedern auch reine Schmählieder auf den König und die Lieder zum Ruhme Napoleons enthielten. Die Versuche des Königs, mit Zensur- und Strafmaßnahmen den Liederdichter zu disziplinieren, trugen nur zu größerer Popularität bei.

¹⁸ Refrain aus : *La Sainte Alliance des Peuples*, 1821.